

# Kolonialismus und Sklaverei

## Zur Debatte in den Überseegebieten

Ortwin Ziemer\*



**Die gesetzliche Festschreibung einer positiven Rolle der früheren französischen Kolonialmacht ist in den Augen der Übersee Franzosen nicht nur historisch unhaltbar, sondern zementiert vor allem ihre Diskriminierung als Bürger zweiter Klasse.**

Das Gesetz vom 23. Februar 2005 über die positive Rolle der französischen Kolonisierung ist in den Überseegebieten, die historisch neben Nordafrika und Indochina von Sklaverei und Kolonialismus am meisten betroffen waren, verständlicherweise auf besondere Ressentiments gestoßen. Um zu verstehen, inwiefern diese beiden Phänomene noch heute das Lebensgefühl, das kollektive Bewusstsein und damit schlicht die Identität der Übersee Franzosen entscheidend beeinflussen, ist ein kurzer historischer Rückblick unumgänglich.

Der Sklavenhandel zwischen Afrika, den Antillen, Nordamerika und den Inseln des Indischen Ozeans bleibt für die französischsprachigen Bewohner dieser Gebiete, ob inzwischen unabhängig geworden oder noch zu Frankreich gehörig, mit dem Kolonialzeitalter untrennbar verbunden. Daher ist es auch unmöglich und geradezu verfehlt, beide Probleme isoliert betrachten zu wollen. Bereits während der französischen Revolution war der Versuch unternommen worden, den offensichtlichen Widerspruch zwischen dem revolutionären Gleichheitsideal und der Wirklichkeit in den französischen Kolonien zu korrigieren. Im Jahre 1794 bereits schaffte die französische Nationalversammlung die Sklaverei offiziell ab und wollte der schwarzen Bevölkerung der Kolonien die gleichen Bürgerrechte wie allen anderen Franzosen zuerkennen. Zum einen wurde diese Maß-

nahme in den fernen Kolonien jedoch nie umgesetzt. Sie wurde dort einfach ignoriert, wohl wissend, dass das Mutterland, damals immerhin mehrere Monate per Schiff entfernt, kaum die logistischen und militärischen Mittel hatte, sie vor Ort durchzusetzen. Zum anderen stellte Napoleon bereits 1802 unter dem Konsulat den alten Zustand durch die Wiedereinführung der Sklaverei wieder her.

Erst nach der Revolution von 1848, die mit dem Sturz des Bürgerkönigs Louis-Philippe der Monarchie in Frankreich ein endgültiges Ende setzte und zur Ausrufung der II. Republik führte, wurde am 27. April desselben Jahres die Sklaverei in den Kolonien definitiv beendet. Die Initiative dazu ging von dem Elsässer Victor Schoelcher aus, der in der Provisorischen Regierung der II. Republik den Posten eines Unterstaatssekretärs für Kolonien und Marine innehatte. Es waren vor allem die Eindrücke, die er während einer Geschäftsreise 1830 auf Kuba und in Mexiko gesammelt hatte, die ihn zu einem entschiedenen Gegner jeder Form von Sklavenhaltergesellschaft hatten werden lassen. Zum Jahresende 1848 war das Dekret schließlich in allen französischen Kolonien offiziell umgesetzt. Die sozialen Ungleichheiten allerdings blieben noch lange weiter bestehen, denn der Weg zu einer faktischen Gleichstellung der farbigen Bevölkerung war noch weit. Die nötigen sozialen und politischen Reformen,

\* Ortwin Ziemer lebt als Korrespondent auf La Réunion und unterrichtet dort in französischen Europaklassen Deutsch, Geschichte, Landes- und Sozialkunde.

vor allem in Sachen Zugang zur Bildung und in puncto Bodenreform, wurden nicht von heute auf morgen auf den Weg gebracht. Die Widerstände in der noch stark konservativ geprägten Kolonialgesellschaft, die den Status quo trotz allem so gut wie möglich aufrechterhalten wollte, waren vor allem seitens der kolonialen Großgrundbesitzer noch viel zu stark ausgeprägt. Doch die Idee, dass alle Menschen zumindest vor dem Gesetz gleich zu sein haben, hatte sich durchgesetzt. Nur zu deutlich spricht der Geist der Aufklärung aus folgendem Zitat von Victor Schoelcher, mit dem er sein Dekret von 1848 kommentierte: „Wir dürfen nicht aufhören, es uns selbst und unseren Kindern zu sagen, dass, solange es noch einen Sklaven auf dieser Erde gibt, die Demütigung und Herabsetzung dieses Mannes eine ständige Beleidigung der gesamten Menschheit ist.“<sup>1</sup>

## Statuswechsel, aber keine soziale Gleichstellung

Es sollte nochmals fast ein ganzes Jahrhundert dauern, bis am 19. März 1946 die französische Nationalversammlung ein Gesetz verabschiedete, das für die Geschichte und die Identität der Bewohner der französischen Überseegebiete sicherlich die gleiche immense Bedeutung hat wie die Abschaffung der Sklaverei 98 Jahre zuvor und das nach Meinung vieler Experten, aber auch des Großteils der Bevölkerung eine wenig später, so doch logische und unverzichtbare Fortschreibung bedeutet: Namentlich auf die Initiative dreier Überseeabgeordneter hin wurden damals die Antillen-Inseln Martinique und Guadeloupe, auf dem südamerikanischen Kontinent Französisch-Guayana sowie im Indischen Ozean Réunion zu französischen Departements aufgewertet. Die Bezeichnung Überseedepartements, die heute im politischen und administrativen Sprachgebrauch längst Allgemeingut geworden ist, taucht signifikanterweise in dem Gesetzestext gar nicht auf.

Welche symbolische und welche konkrete Bedeutung hatte nun dieser Statuswechsel für die Menschen in Übersee, und weshalb ist dieses Ereignis von 1946 im Zusammenhang mit dem umstrittenen Gesetz von 2005 über die Rolle des

französischen Kolonialismus von solch entscheidender Bedeutung? Auch hier können Stellungnahmen der Schlüsselgestalten der Einführung des Departementsstatus im Jahre 1946 zum besseren Verständnis dienen. So erklärte Aimé Césaire, schon damals Abgeordneter Martiniques in der verfassungsgebenden Nationalversammlung, am 12. März 1946: „In einem Moment, wo im Ausland Gerüchte über Sezessionsbestrebungen [der französischen Antillen vom Mutterland] verbreitet werden, ist die Forderung nach endgültiger und gleichberechtigter Integration [der bisherigen Kolonien in den französischen Staatsverband] eine Anerkennung des französischen Genius, der im derzeitigen internationalen Kontext von ganz besonderer Bedeutung ist.“ Nur zwei Tage später erklärte Raymond Vergès, kommunistischer Abgeordneter Réunions: „Schon als Frankreich noch in vollem Glanz leuchtete, haben wir unsere Integration gefordert, da wir in Frankreich aufgehen wollten. Heute, da Frankreichs Macht gemindert worden ist, ist dieser unser Wille stärker als je zuvor.“ Der Standpunkt der beiden Parlamentarier wurde ergänzt und abgerundet durch die Sichtweise von Léon de Lepervanche, Parteifreund von Raymond Vergès und zugleich bedeutender reunionesischer Gewerkschaftsführer der unmittelbaren Nachkriegszeit: „Bislang hat es der Kolonialstatus den herrschenden sozialen Klassen ermöglicht, allein ihre Interessen durchzusetzen. In der derzeitigen schwierigen Lage muss dem durch die Gleichberechtigung der bisherigen Kolonien ein Ende gesetzt werden.“<sup>2</sup>

Wie man sieht, war das Erbe des Revolutionszeitalters und der Abschaffung der Sklaverei, also die Forderung nach Rechtsgleichheit und der unbedingte Wille der Zugehörigkeit zur französischen Nation, in dem dringenden Wunsch der Volksvertreter der Überseegebiete, Departements zu werden, nach wie vor lebendig. Gleichzeitig aber war dieser Prozess unvollendet geblieben. Der Aspekt der sozialen Gleichstellung fehlte, was sich in der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Nachkriegszeit in den ehemaligen Kolonien ganz besonders bemerkbar machte, wie die zitierte Äußerung Léon de Lepervanches verdeutlicht. Hier bestand der größte Nachholbedarf. Da all diese Aspekte noch heute fortwirken, war dieser

Rückblick erforderlich, um den Gemütszustand der Lokalbevölkerung im Zusammenhang mit der Debatte um das umstrittene Gesetz vom Februar 2005 besser hinterfragen zu können.

Als Nicolas Sarkozy schließlich vom 9. bis 11. März 2006 doch noch seinen drei Monate zuvor geplanten, aber dann aufgeschobenen Besuch auf den Antillen nachholte, wurde nochmals deutlich, warum der Protest gegen jenes Gesetz gerade in Übersee und speziell auf jenen Inseln so vehement ausgefallen war. Viele Einwohner Guadeloupes und besonders Martiniques, die Nachfahren ehemaliger Sklaven sind, fühlten sich durch dieses Gesetz geradezu persönlich beleidigt. Sie waren der Ansicht, dass die Behauptung, die frühere Kolonialmacht habe damals eine positive Rolle gespielt, nicht nur historisch unhaltbar sei, sondern sie implizit nach wie vor zu Bürgern zweiter Klasse abstempelt. Die Menschen auf den Antillen fühlten sich durch das Gesetz in dem Eindruck bestärkt, sie würden, ganz gleich ob offensichtlich oder unterschwellig, sowohl in ihrer eigenen Heimat als auch im Mutterland, allein wegen ihrer sozialen und geographischen Herkunft und oft auf Grund ihrer Hautfarbe auch heutzutage noch diskriminiert.

## Das Mea Culpa Sarkozys

Im Pariser Vorstadtgürtel, wo die Ausschreitungen und Proteste im vergangenen Herbst besonders heftig ausgefallen waren, lebt ein Großteil der von den Antillen stammenden Franzosen, die sich im Mutterland niedergelassen haben. Sie haben oft große Mühe, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt zum Zuge zu kommen. Viele von ihnen fühlten sich daher ins Visier genommen, als Sarkozy bei mehreren Ortsterminen anlässlich der Unruhen in den Vorstädten medienwirksam erklärte, er werde diese Stadtviertel nötigenfalls mit dem Kärcher von allem Gesindel reinigen. Diese Äußerungen wurden Sarkozy auf den Antillen besonders übel genommen, obgleich er in der Fol-

gezeit mehrfach betonte, er habe niemand persönlich angreifen und schon gar nicht ganze Bevölkerungsgruppen, sei es nun die Jugend der Vorstädte oder aber die von den Antillen stammenden oder dort wohnenden Franzosen, über einen Kamm scheren wollen.<sup>3</sup> Doch seine Äußerungen saßen tief, und Sarkozy hatte sichtlich Mühe, sie

**„Viele Einwohner Guadeloupes und Martiniques, Nachfahren ehemaliger Sklaven, fühlten sich durch das Gesetz persönlich beleidigt.“**

wenn nicht vergessen zu machen, so doch zumindest seine persönlichen Beziehungen zur Bevölkerung der französischen Antillen wieder zu normalisieren. Intensives po-

litisches Lobbying war nötig, um die Kastanien im Zeichen des beginnenden Vorwahlkampfes doch noch aus dem Feuer zu holen. Kurz bevor Sarkozy schließlich seinen Besuch doch noch antrat, richtete er in der Tageszeitung *France Antilles* einen offenen Brief an die Lokalbevölkerung, in dem er erklärte: „Ich habe mir in letzter Zeit über diese heikle Frage richtiggehend den Kopf zerbrochen. Ich möchte unbedingt durch den direkten Dialog mit Ihnen die genaue Art der lebhaften Gefühle kennen lernen, die die Einwohner von Martinique und Guadeloupe in den letzten Monaten zum Ausdruck gebracht haben. Heute kann ich besser verstehen, welche tiefe Wunde da wieder aufgerissen wurde. Ich kann jetzt nachvollziehen, dass da eine Verbindung zwischen Kolonialismus und Sklaverei hergestellt worden ist.“<sup>4</sup>

Dieses Eingeständnis kam nun quasi einem Mea Culpa gleich, wenngleich es auch keine explizite Entschuldigung war, wie sie nicht nur von der traditionell gegenüber dem Mutterland sehr kritisch eingestellten politischen Linken auf Martinique, sondern auch von Teilen der lokalen Rechtsparteien gefordert wurde. Letztere legen großen Wert darauf, ihre Eigenständigkeit gegenüber der UMP des Mutterlandes zu wahren, könnten jedoch für Sarkozy im Hinblick auf den Präsidentschaftswahlkampf 2007 eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Daher die Bedeutung dieses angedeuteten Versöhnungsversuchs. Dass dieser aber keinesfalls vollständig gelungen ist, wurde gleich zweifach deutlich. Aimé Césaire

hatte bis zuletzt offengelassen, ob er diesmal bereit sei, Sarkozy zu treffen, und ironisch erklärt: „Warum will er mit mir sprechen? Wer ist dieser junge Mann? Ich kenne ihn nicht.“<sup>5</sup> Als er sich dann schließlich doch eine gute Stunde mit Sarkozy unterhalten hatte, schrieb Césaire ihm am Ende ins Stammbuch: „Die Lehre der Geschichte Martiniques, der Kampf des Menschen um eine lebenswerte Welt für alle, ist die Aufgabe der neuen Politikergeneration.“

Schien das Verhältnis zwischen beiden Politikern letztlich doch von einer gewissen gegenseitigen Wertschätzung geprägt, so sind die Ressentiments in der Bevölkerung nach wie vor sehr lebendig, und der Bezug zur Affäre um das Kolonialismusgesetz wurde sofort nochmals überdeutlich. Bei den sehr populären Karnevalsumzügen wenige Wochen vor Sarkozys Besuch wurde in den Straßen von Fort-de-France eine Figur eines Siedlers aus der Kolonialzeit verbrannt, dessen Gesichtszüge eine unverwechselbare Ähnlichkeit mit Sarkozy aufwiesen und der ein Plakat mit dem verhassten Gesetzestext auf dem Rücken trug. Der Innenminister wird auf den Antillen also auch weiterhin die sprichwörtlichen dicken Bretter bohren müssen.

Auf Réunion fielen die Reaktionen auf die anderswo sehr hitzig geführte Debatte um die gesamte Affäre weitaus gemäßigter aus. Bezeichnenderweise erschienen in den lokalen Tageszeitungen sogar Leserbriefe, die sich über das Fehlen jeglicher Diskussion bezüglich dieses Themas beschwerten und den reunionesischen Politikern geradezu Apathie vorwarfen. Ein hervorstechender Standpunkt blieb allerdings unter den wenigen Stellungnahmen in Erinnerung, die auf der Insel

im Indischen Ozean zu dem Thema gemacht wurden: In einer RFO-Fernsehdiskussion erklärte der Zeithistoriker Yvan Combeau im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Endes des Kolonialzeitalters, vor allem der offensichtliche Widerspruch zwischen den beiden Gesetzen über die Anerkennung der Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit von 2001 und die Rolle Frankreichs als Kolonialmacht aus dem vergangenen Jahr sei für ihn völlig unverständlich und hätte von den Abgeordneten wie von der Pariser Regierung eigentlich viel früher bemerkt werden müssen, wodurch man sich die gesamte Affäre hätte ersparen können. In einem Interview mit der Inselzeitung *Le Quotidien* legte der bekannte Akademiker den Akzent jedoch noch auf einen anderen, im Endeffekt weitaus bedeutenderen Aspekt: Trotz der Kontroverse um das erwähnte Gesetz und vor dem Hintergrund andernorts blutiger Kolonialkriege sei die Umwandlung der vier ehemaligen Kolonien in französische Departements, wenngleich auch heute noch viel zu tun bleibe, im Rückblick eine originelle und vor allem größtenteils gelungene Form der Entkolonialisierung.<sup>6</sup> In diesem Sinne erklärte Jacques Chirac in einer viel beachteten Ansprache Ende Januar 2006, in der er den 10. Mai als künftigen nationalen Gedenktag zu Ehren der Opfer der Sklaverei bekannt gab: „Die Größe einer Nation besteht darin, zu ihrer gesamten Geschichte zu stehen, mit ihren ruhmreichen Augenblicken, aber auch mit ihren Schattenseiten.“<sup>7</sup> Sollte dies gelingen, aber auch nur dann, wird sich sicherlich ganz Frankreich in Zukunft mit seiner kolonialen Vergangenheit objektiv auseinandersetzen können.

1 Zitiert nach Daniel Vaxelaire: *Le grand livre de l'histoire de la Réunion*. Editions Orphie, St.-Denis-de-la-Réunion 1999, Band 1, S. 341.

2 Alle drei Stellungnahmen sind im französischen Originaltext nachzulesen in: Daniel Vaxelaire, a.a.O., Band 2, S. 602.

3 Vgl. Beispielsweise das Interview mit Nicolas Sarkozy in der Tageszeitung *France Antilles* vom 7.12.2005. Die französischen Ausdrücke, die die Empörung hervorgerufen hatten, waren vor allem: „nettoyer au kärcher“ und „racaille“.

4 Nicoas Sarkozy: „Lettre aux Antillais“, *France Antilles*, 6.3.2006.

5 Vgl. *France Antilles*, 8.3.2006.

6 „Questions à Yvan Combeau“, *Le Quotidien de la Réunion*, 15.3.2006, S. 8.

7 [www.elysee.fr/elysee/elysee.fr/francais/interventions/discours\\_et\\_declarations/2006/janvier](http://www.elysee.fr/elysee/elysee.fr/francais/interventions/discours_et_declarations/2006/janvier), März 2006.